

Wenige Übernahmen Streit um Leiharbeit und Werkverträge bei Airbus

HAMBURG - Beim Flugzeughersteller Airbus ist ein Streit um die Leiharbeiter in den deutschen Werken ausgebrochen. Airbus setze trotz guter Geschäftslage und hervorragender Zukunftsaussichten auf Leiharbeiter und Werkverträge, sagte der neue Vorsitzende des Airbus- Gesamtbetriebsrats, Johann Dahnken, am Dienstag in Hamburg. Zwar habe das Unternehmen angekündigt, 700 Leiharbeiter in die Stammbesellschaft zu übernehmen.

Das sei aber bei weitem nicht ausreichend, um Qualität und Termintreue zu sichern. «In einigen Bereichen des Unternehmens liegt der Anteil der Leiharbeit bei 30, 40 oder 50 Prozent», sagte Dahnken. «Das ist wirtschaftlich nicht zu verantworten.»

Airbus wies die Vorwürfe zurück. Das Unternehmen benötige Leiharbeiter, um die Flexibilität zu sichern. Airbus beschäftigt in Deutschland rund 21.000 Arbeitnehmer, davon 4.800 Leiharbeiter. «Wir sind eine zyklische Industrie, es gibt immer wieder Zeiten mit schwacher Nachfrage», sagte Unternehmenssprecher Tore Prang. Die Leiharbeit diene dazu, die Produktionsspitzen abzudecken und bei geringer Nachfrage das Personal flexibel anpassen zu können.

Generell sei die Zahl der Leiharbeiter bei Airbus eher rückläufig, weil es bei der Produktion des Großraumflugzeugs A380 mittlerweile erhebliche Fortschritte gebe. Dadurch verringere sich der Bedarf an Leiharbeit. Airbus will in diesem Jahr 20 Exemplare des A380 bauen. Betriebsrat und IG Metall kritisierten, dass noch nicht einmal die Personalplanung für das laufende Jahr vorliege, das bereits zum größten Teil verstrichen sei.

Der Ton zwischen Arbeitnehmern und Geschäftsführung habe sich seit dem Kostensenkungsprogramm «Power8» vor vier Jahren erheblich verschärft, sagten Dahnken und sein Stellvertreter Uwe Klencz. Die einstmalige partnerschaftliche Zusammenarbeit sei einer zunehmenden Polarisierung gewichen. Immer häufiger müssten Einigungsstellen und Gerichte eingeschaltet werden, weil die Verständigung mit der Airbus- Geschäftsführung nicht mehr gelinge. Der Druck auf die Arbeitnehmer habe enorm zugenommen.